Beschluss B. Gerechtigkeit schaffen - Chancen stärken: 4. Wir machen Bildung sozial gerecht

Antragsteller*in:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02.-04. Februar 2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir machen Bildung sozial gerecht

Bildung ist das Tor zur Welt. Mit ihr errichten wir das Fundament für ein selbstbestimmtes Leben. Bildung findet ein Leben lang statt - vom Kindergarten über die Schule und die Ausbildung bis hin zur Erwachsenenbildung. Umso wichtiger ist es, dass wir schon unseren Kindern die bestmöglichen Chancen bieten, die notwendigen Fähigkeiten zu erwerben, um die Zukunft unserer Welt verantwortungsbewusst in die Hand zu nehmen.

Jedoch ist Bildung auch in Thüringen noch immer nicht sozial gerecht gestaltet. Zu sehr bestimmt die Herkunft die eigenen Chancen und den möglichen Erfolg. Das wollen wir ändern und Bildung, vor allem in Kindergarten und Schule, sozial gerechter gestalten. Hierfür wollen wir die Qualität unseres Bildungssystems stärken und das Individuum in den Mittelpunkt stellen.

Es kommt darauf an, individuelle Begabungen und Fähigkeiten unserer Kinder und Jugendlichen zu fördern und sie auf das Leben vorzubereiten, statt sich ausschließlich auf Leistungsdruck und Noten zu fokussieren. Auch unser Ausbildungssystem muss besser werden, um noch mehr dringend benötigte Fachkräfte zu gewinnen. Es braucht dabei ein Ausbildungssystem, das die jungen Menschen ernst nimmt und sie in ihrem Werdegang stärkt. Auszubildende benötigen eine gute Infrastruktur und gute Voraussetzungen, um ihren Beruf ohne große Sorge erlernen zu können.

Bildung endet nicht mit dem Berufsabschluss. Es gibt gute Gründe, sich auch später im Leben weiterzubilden. Daher stärken wir die Erwachsenenbildung und Weiterbildung als wichtige Säulen des Bildungssystems. In den vergangenen Jahren konnten wir bereits viel erreichen: mehr Ganztagsangebote in Schulen, bessere Personalschlüssel in Kindergärten, Einstieg in die Beitragsfreiheit, so viele Neueinstellungen von Lehrer*innen wie nie zuvor oder Unterstützung der freien Schulen. Doch es bleibt noch viel zu tun. Bildung ist eine Investition in die Zukunft, und als solche hat sie für uns oberste Priorität.

Kernziele:

- Lehrkräfte und Erzieher*innen durch multiprofessionelle Teams unterstützen
- Lehramtsausbildung reformieren und praxisorientierter machen
- Schule fächerübergreifend, digital, lebensweltorientiert und kooperativ neu aufstellen
- Chancengerechtigkeit im Schulsystem verbessern u. a. durch längeres gemeinsames Lernen
- Personalschlüssel in Kindergärten weiter verbessern
- Berufsausbildung attraktiver machen
- Demokratiebildung stärken

Kindergarten und frühkindliche Bildung: Qualität und Förderung

Beste Bildung setzt so früh wie möglich an. Um Kinder effektiv und nachhaltig zu fördern und ihnen die besten Startchancen fürs Leben zu geben, setzen wir auf eine ausgezeichnete Frühförderung und eine qualitativ hochwertige Betreuung in Kindergärten und Kindertagesstätten. Diese muss elementarer Teil der frühkindlichen Bildung sein.

Eine besondere Rolle spielt hierbei die weitere Verbesserung der Personalschlüssel, die wir bereits in den letzten Wahlperioden anstoßen konnten. Hier braucht es weitere Schritte. Diese Verbesserung ist unerlässlich, um mehr individuellere Förderung zu ermöglichen und Erzieher*innen zu entlasten. Durch die niedrigschwellige pauschale Förderung für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf können Kindergärten auch weiterhin Betreuung für besondere Bedürfnisse anbieten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Angebot von ausreichend Kindergartenplätzen mit passenden Öffnungszeiten und verbesserter Qualität als Priorität vor Beitragsfreiheit
- Mehr Erzieher*innen durch schrittweise Schlüsselverbesserung auf 1:4 bei Unter-3-Jährigen und 1:9 bei Über-Drei-Jährigen und Erhöhung der

Zeitanteile für Vertretungsreserve sowie die pädagogische Vor- und Nachbereitung

- Stärkung der Einrichtungsleitungen durch mehr Zeitanteile für Leitungsfunktionen und Mindeststellenanteilen für Leitungen auch in kleinen Einrichtungen
- Bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung von Erzieher*innen, möglichst tarifgebunden
- Stärkerer Fokus auf Gesundheitsschutz von Erzieher*innen
- Evaluation und Überarbeitung der Ausbildungsstruktur und -inhalte für Erzieher*innen und Heilerziehungspfleger*innen, u. a. Antidiskriminierung und Inklusion stärker berücksichtigen
- Ausbau und qualitative Weiterentwicklung der praxisintegrierten Ausbildung (PiA) mit tariflicher Mindestvergütung der Auszubildenden
- Schulgeldbefreiung für die Ausbildung von Erzieher*innen an Fachschulen in freier Trägerschaft
- Sozial gerechte Elternbeiträge
- Stärkung der Qualität in der frühkindlichen Bildung durch ein „Zentrum frühe Bildung“ und Begleitung von Qualitätsentwicklung in den Kindergärten
- Fachberatungen für Kindergärten durch Neustrukturierung und verbesserte Finanzierung stärken
- Erhalt und Weiterentwicklung der Programme „SprachKitas“, „Vielfalt vor Ort erleben“ sowie der Eltern-Kind-Zentren (ThEKiZ)
- Ressourcen schaffen für digitale Elternarbeit
- Ausbau der kindgerechten Beteiligung innerhalb der Kindergärten als Grundlage für Demokratiebildung
- Multiprofessionelle Teams vor allem in Kindergärten mit Multi-Problemlagen zum Standard machen, um sprachliche, sozialpädagogische und therapeutische Betreuung bedarfsgerecht zu stärken
- Tragfähige Strategien zur Anpassung der Struktur der frühkindlichen Bildung an demografischen Umbruch entwickeln und umsetzen
- Perspektive der Eltern stärken durch bessere Ausstattung der Landeselternvertretung
- Begleitung der Übergänge zwischen Kindergarten und Schule für Kinder mit Förderbedarf verbessern
- Weiterentwicklung der Frühförderung, um Unterstützung im Alltag zu stärken, beispielsweise durch Absenken bürokratischer Hürden, niedrigschwellige Beratungsmöglichkeiten für Eltern, interdisziplinäre

Zusammenarbeit und Verzahnung unter anderem mit den Leistungen der mit frühen Hilfen

- Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Bezahlung für Kindertagespflege (Tagesmütter/-väter)
- Förderprogramme für Kochen vor Ort sowie gemeinsame Strategie mit Caterern und Trägern mit dem Ziel, gesundes und bezahlbares Essen mit möglichst hohem Anteil an regionalem Bio in Kindergärten anzubieten

Schule: kooperativ und vielfältig für die Herausforderungen von morgen

Schulen sind für uns Orte der persönlichen Entwicklung, der Bildungsfreiräume und des gemeinsamen Erlernens und Erlebens von Demokratie. Wir haben den Anspruch, dass Schulen den individuellen Bedürfnissen von Kindern gerecht werden und Persönlichkeitsentfaltung und die Förderung der individuellen Fähigkeit im Mittelpunkt stehen müssen. Die Schule muss Kinder auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten. Wir müssen für die Schulen Thüringens Bedingungen schaffen, damit sie vielfältig, kooperativ und digital aufgestellt sind.

Das Kernstück der Schulen bilden neben den Schüler*innen die Pädagog*innen. Viele von ihnen fühlen sich überlastet und sind frustriert. Um hier voranzukommen, müssen wir uns auch die Frage stellen, wie eine zeitgemäße, praxisorientierte Lehramtsausbildung und ein modernes Bild von der Rolle der Lehrer*innen aussehen sollen. Mit einer Lehrkraft je Klasse sind die vielfältigen Herausforderungen kaum zu schaffen, weswegen wir auf Teamteaching und multiprofessionelle Teams setzen: Lehrkräfte, Erzieher*innen sowie sonder- und sozialpädagogische Fachkräfte, die sich während des Unterrichts gemeinsam um die Bedürfnisse in der Klasse kümmern. Davon profitieren alle. So wird Inklusion viel besser umsetzbar.

Außerdem müssen unsere Schulen echte Chancengerechtigkeit bieten und soziale Gerechtigkeit fördern. Gemeinsames Lernen ist dafür ein passender Ansatz. Dafür müssen wir weg vom stark selektierenden Schulsystem hin zum längeren gemeinsamen Lernen. Schule sollte die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden und eine Achtung der Menschenwürde, die Verantwortung für das Gemeinwesen, Solidarität, Toleranz und Gleichberechtigung vermitteln. Und sie muss auf die Anforderungen von morgen vorbereiten – mit einem ganzheitlichen Ansatz aus Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, digital gestützter und lebenspraktischer Bildung. Dabei setzen wir auf ein vielfältiges Schulsystem und unterstützen die freien Schulen genauso, wie wir die staatliche Schulen unterstützen.

Schule sozial gerecht und inklusiv

- Landesweiter Ausbau der Gemeinschafts- und Ganztagsschulen mit dem Ziel, längeres gemeinsames Lernen zum neuen Standard zu machen
- Fokus auf individuelle Förderung und Persönlichkeitsentwicklung
- Förderprogramme zum Ausgleich von Benachteiligungen gemeinsam mit außerschulischen Partner*innen stärken und ausbauen
- Angebote der Schulsozialarbeit an jeder Schule gewährleisten, Stärkung der Schulpsychologie
- Reduktion der zu hohen Zahl der Schulabbrecher*innen ohne Abschluss unter anderem durch Praxisklassen, mehr Schulsozialarbeit und Teamteaching sowie spezifische Angebote der Jugendhilfe
- Stärkung und Ausbau der Sprachförderung, unter anderem durch Ausbau der Kapazitäten für „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ)
- Umsetzung des Rechtsanspruchs auf individuelle Förderung und auf gemeinsames Lernen sowie Verbesserung der Bedingungen für einen inklusiven Unterricht mit dem Ziel, den gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung von Anfang an zu ermöglichen
- Mehr sonderpädagogische Förderung in allen Schulformen, aber besonders im Grundschulbereich einsetzen
- Konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung des Thüringer Entwicklungsplans Inklusion
- Perspektivisch Einführung von multiprofessionellen Teams, das heißt flächendeckendes Zweipädagogensystem im Grundschulbereich sowie sozialpädagogisches Teamteaching
- Einbindung der Erzieher*innen in den Unterricht und Ganztagsangebote der Grundschule (gebundener Ganztag)
- Ermöglichung von Vollzeitbeschäftigung für Erzieher*innen
- Perspektivisch umfassende Lernmittelfreiheit und kostenlose Beförderung zur Schule, um Eltern finanziell zu entlasten
- Weitere Unterstützung der freien Schulen und der schulischen Vielfalt als wichtige Säule der Thüringer Bildungslandschaft

Schulen & Lehrkräfte stärken

- Schulstandort Thüringen für Lehrer*innen attraktiver machen, unter anderem durch gute Arbeitsbedingungen, attraktive Aufstiegsmöglichkeiten, durchschnittlich kleine Klassenstärken sowie Entlastung durch

multiprofessionelle Teams und pädagogische Assistenzen insbesondere in Schulen mit besonderen Herausforderungen

- Sicherstellung des Unterrichts durch 110-prozentige Personalausstattung (Vertretungsreserve), um Krankheitsausfälle, Fortbildungen und unbesetzte Stellen zeitweise auszugleichen

- Einstellungsverfahren weiterhin beschleunigen und Qualifizierungsprogramme für Seiteneinsteiger*innen individualisieren und professionalisieren

- Vollständige Erfassung der tatsächlichen Arbeitszeit für Lehrkräfte (Umsetzung des EuGH-Urteils) umsetzen und stärker auf Gesundheitsschutz der Lehrkräfte achten

- Reform der Lehramtsausbildung mit Fokus auf pädagogischen Alltag: auf schulstufenbezogene Ausbildung umstellen, Ausbildung zu Inklusion und Sonderpädagogik stärker verankern, pädagogische und praxisbezogene Komponenten im Studium deutlich stärken und Ausbildung in Querschnittsthemen wie Medienbildung, politische Bildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung verbessern

- Abbruchquoten des Studiums verringern durch Ausbau der Studienberatung und Überprüfung der Angemessenheit der fachspezifischen Anforderungen

- Zahl der Studienplätze für Lehramt in Thüringen bedarfsgerecht erhöhen und Hürden beim Zugang zum Lehramtsstudium abbauen

- Bessere Betreuung während des Referendariats und im Berufseinstieg (Vorbereitungsdienst)

- Verbesserungen bei Bausubstanz und Ausstattung der Schulen voranbringen, um mehr Raum für individuelle und inklusive Förderung, alternative Lernformen sowie Barrierefreiheit zu schaffen

- Qualitätsoffensive mit durchgängigem Konzept von Qualitätsentwicklung und -sicherung sowie Erstellung eines Orientierungsrahmens Schulqualität mit externer und interner Evaluation, Einführung eines Qualitätsmanagements für jede Schule

- Sofortprogramm „Eigenständige Schule 2035“: Ressourcen an Schulen schaffen, um Weiterentwicklung zu ermöglichen, unter anderem durch unbürokratische schuleigene Budgets, größere eigene Entscheidungsmöglichkeiten bei Personalauswahl und Fortbildung,

Bürokratieabbau, Stärkung und Weiterbildung der Schulleitungen und flächendeckende Einführung von Verwaltungsassistent*innen

- Stärkung der kommunalen Schulträger als Verantwortungsgemeinschaft mit dem Land
- Förderung der Kooperation von Schulstandorten, um auch kleine Schulen im ländlichen Raum zu erhalten
- Unterstützung von Schulküchen und gemeinsame Strategie mit Caterern, um vielfältige, qualitativ hochwertige und regionale Mittagsversorgung möglichst aus regionalen Bio-Lebensmitteln zu ermöglichen

Zeitgemäßer Unterricht für die Herausforderungen von morgen

- Individuelle Förderung vor Noten und Leistungsdruck
- Abschaffung der Noten im ersten Schritt in den musischen, künstlerischen und sportlichen Fächern, stattdessen schriftliche Bewertung
- Besondere Leistungsfeststellung (BLF) abschaffen und Erwerb des mittleren Schulabschlusses (mittlere Reife) mit Versetzung in die 11. Klasse umsetzen
- Alternativen zu Hausaufgaben entwickeln und Aufgabenfülle reduzieren
- Abschaffen des „Sitzenbleibens“, stattdessen gezielte Unterstützung der gefährdeten Schüler*innen
- Stärkerer Fokus auf Erlernen von Kompetenzen, Methoden und Selbstorganisation
- Weg von starrem Fächerdenken hin zu fächerübergreifenden Ansätzen
- Überarbeitung der Stundentafel und Rahmenlehrplänen hin zu zeitgemäßem Fächerangebot mit Wahlpflichtfächern, fächerübergreifender Orientierung

auf Lebenswelt und Alltagskompetenz, beispielsweise mentale Gesundheit, gesunde Ernährung und kritisches Denken

- Ausbau der Angebote für Medienbildung und Informatik auch in Grundschulen
- Stärkung des Lernens außerhalb des Schulgebäudes sowie Ausbau des handwerklichen und praxisorientierten Lernens durch zusätzliche Wahlpflichtangebote (Lokale Praxis-Netzwerke)
- Frühzeitige Berufsorientierung gemeinsam mit außerschulischen Praxispartnern weiter ausbauen und verpflichtend regeln
- Demokratielernen stärken durch mehr Mitbestimmungs- und Entscheidungsrechte von Schüler*innen
- Förderung der politischen und Demokratiebildung durch Verankerung als Leitkonzept in jeder Schule
- Menschenrechtsorientierte historisch-politische Bildung als wichtiges Instrument gegen Rechtsextremismus etablieren, u. a. durch Verankerung von Antidiskriminierung, Kolonialgeschichte und Perspektiven marginalisierter Gruppen im Lehrplan und höherer Stellenwert für gesellschaftswissenschaftliche Fächer
- Überprüfung der Lehr- und Lernmaterialien auf diskriminierende und rassistische Inhalte (siehe Kapitel Gleichstellung)
- Rolle der „Vertrauenslehrer*innen“ weiterentwickeln zu „Schulbeauftragten für Antidiskriminierung, Vielfalt und Empowerment“ (SAVE-Beauftragte)
- Erstellung einer verbindlichen schulischen und außerschulischen Landesstrategie „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (BNE) inklusive Förderprogramm für Kooperationen mit außerschulischen Bildungsträgern
- Weiterentwicklung der fächerübergreifenden Bildung für nachhaltige Entwicklung durch Verankerung in den Lehrplänen und Umsetzung der UNESCO-Roadmap für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE 2030)
- Ergänzung der Fächer Ethik und Religionen um ein Dialogmodul für alle Schüler*innen, enge inhaltliche und organisatorische Verzahnung der Fächer zum Beispiel durch gemeinsame Projekte, um Wissen und Verständnis gegenüber anderen Weltanschauungen zu vermitteln (siehe Kapitel Religion)
- Angebot von hybriden Religionsunterrichtsmodulen auch für Schüler*innen weiterer Religionsgemeinschaften (z.B. für jüdische und muslimische Schüler*innen)

Schule digital und vernetzt

- Digitale und datenschutzkonforme Lernmöglichkeiten und -angebote ausbauen und pädagogische Inhalte daran anpassen
- Gewährleisten, dass jedes Kind in der Schule mit einem digitalen Endgerät arbeiten kann
- Lehrer*innenbildung auf digitale Herausforderungen ausrichten
- Stärkung der landespolitischen Verantwortung in der Digitalisierung der Schulen, unter anderem durch gezielte Investitionen in die digitale Infrastruktur, in digitale Medien und Werkzeuge
- Stärkung der Kommunen als Schulträger bei der Digitalisierung, unter anderem durch Weiterentwicklung der kommunalen Medienzentren zu leistungsfähigen IT-Dienstleistern für den Schulbereich, finanzielle Unterstützung bei Einstellung gut qualifizierter IT-Mitarbeiter*innen sowie bei Beschaffung und Betrieb der notwendigen Hard- und Software (siehe Kapitel Digitale Bildung)
- Einführung einer einheitlichen Schulverwaltungssoftware
- Kein pauschales Smartphoneverbot an Schulen, stattdessen Schüler*innen demokratisch einbeziehen
- Thüringer Schulcloud weiterentwickeln (z.B. datenschutzkonformen Messengerdienst und Zugriffsmöglichkeiten für Kooperationspartner*innen von Schule)

Berufsausbildung: Strukturen sichern, Bedingungen verbessern

Die Fachkräfte von morgen benötigen heute eine gute und moderne Ausbildung. Damit sich auch in Zukunft mehr junge Menschen für eine Ausbildung entscheiden, müssen die Bedingungen hierfür deutlich verbessert und die Attraktivität gesteigert werden. Entscheidend ist dafür auch, den Auszubildenden auf Augenhöhe zu begegnen und ihre Rechte und Bedürfnisse ernst zu nehmen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Festschreibung einer Mindestausbildungsvergütung von mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen Ausbildungsvergütung im ersten Lehrjahr
- Kopplung von staatlicher Ausbildungsförderung an tarifliche Ausbildungsvergütung
- Lernmittelfreiheit für Auszubildende und Kostenübernahme für Internats- und Wohnheimplätze einführen
- Ausreichend Übernachtungsmöglichkeiten am Berufsschulstandort sichern und an den öffentlichen Nahverkehr gewährleisten
- Gleiche Vergünstigungen für Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende
- Echte Lehrgeldfreiheit für alle Ausbildungsberufe
- Stärkung der dualen Ausbildung durch mehr und bessere überbetriebliche Praxisanteile
- Unterjährigen Beginn einer dualen Ausbildung ermöglichen
- Stärkung der Mitbestimmungsstrukturen und -projekte für Auszubildende
- Einrichtung eines Azubi-Werkes nach Vorbild von Studierendenwerken
- Ausweitung des Anspruchs auf Bildungsurlaub während der Ausbildung
- Ausbau der Angebote zur Teilzeitausbildung
- Zugang zum Studium für ausgebildete Handwerker*innen vereinfachen und Übergangswege zwischen technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen und dem Handwerk schaffen
- Frühzeitige und praxisnahe Berufsorientierung und Schullaufberatung zum Standard machen (siehe Kapitel Schule)
- Ausbildung im Verbund durch einen Zusammenschluss von mehreren Unternehmen sowie modulare Ausbildung ermöglichen
- Keine Verpflichtungserklärungen und Ablösezahlungen bei Abbruch der Ausbildung oder Wechsel des Unternehmens
- Konsequente Einhaltung des Arbeitsschutzgesetzes während der Ausbildung
- Berufsschulen vor allem im ländlichen Raum stärken, unter anderem durch transparente und gesetzlich festgelegte Kriterien für

Berufsschulnetzplanung und Erhalt des Berufsschulangebots verteilt auf ganz Thüringen, möglichst ein Standort pro Landkreis

- Perspektivisch Weiterentwicklung der Berufsschulstandorte zu berufsspezifischen Fach- und Kompetenzzentren
- Weiterentwicklung von Lerninhalten mit Fokus auf Klimaschutz, Regionalisierung, Digitalisierung und Automatisierung
- Förderung des Wissenstransfers zwischen Hoch- und Berufsschulen
- Antidiskriminierungsarbeit an Berufsschulen intensivieren, unter anderem durch verpflichtende Weiterbildungen der Lehrkräfte
- Stärkerer Fokus auf Integration, bedarfsgerechte Förderung in Deutsch-als-Zweitsprache (DaZ)

Erwachsenenbildung: Lebenslanges Lernen gehört dazu

Mit der abgeschlossenen Berufsausbildung oder dem Hochschulabschluss endet das Lernen nicht.

Fort- und Weiterbildung ist deshalb die vierte Säule in der Bildung und in schnelllebigen Zeiten wie heute für uns unerlässlich. Mit dem Bildungsfreistellungsgesetz sowie einer besseren finanziellen Ausstattung von Volkshochschulen und freien Trägern der Erwachsenenbildung haben wir BÜNDNISGRÜNE in der Regierungsbeteiligung diese Säule bereits gestärkt. Diesen Kurs hin zu einer vielfältigen, wohnortnahen Bildungslandschaft für Erwachsene mit breiten, kostengünstigen Angeboten werden wir auch in Zukunft beibehalten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Erstellung einer landesweiten Strategie für politische Erwachsenenbildung
- Stärkung der Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, digitalen und kulturellen Bildung in der Erwachsenenbildung
- Vermittlung von Medien- und Digitalkompetenzen weiter fördern
- Einführung einer mehrjährigen Förderung für Träger der politischen Erwachsenenbildung
- Härtefallfonds zur Kostenübernahme für Menschen mit geringem Einkommen oder Sozialleistungsbezug
- Alphabetisierungsprogramme der VHS aufstocken und mehr Kooperationen mit Unternehmen
- Kurse für Deutsch als Zweitsprache stärken und berufsbegleitende DaZ-Kurse anbieten